

Statements der Auftraggeber zu dem Gutachten „Rechtliche Möglichkeiten zur Verstetigung der finanziellen Mittel zur Demokratieförderung und Bekämpfung des Neonazismus“ von Prof. Dr.h.c. Ulrich Battis, Prof. Dr. Klaus Joachim Grigoleit und Dr. Franziska Drohsel:



Amadeu Antonio Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur

„Viele Menschen engagierten sich tagtäglich gegen Nazis und riskieren dabei ihre körperliche Unversehrtheit. Ebenfalls werden viele Menschen nur aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder Hautfarbe Opfer von Übergriffen. Diese Menschen verlangen zu Recht Hilfe und Unterstützung vom Staat. Die Zivilgesellschaft hat viele Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement gegen rechte Gewalt unterstützt, auch die vielen Spender der Amadeu Antonio Stiftung haben dazu erfolgreich beigetragen. Es wird Zeit, dass diese erfolgreichen Ansätze, Modelle und Strukturen zum Schutz vor Angriffen, rechter Gewalt oder Antisemitismus dauerhaft vor Ort wirken. Diese erfolgreichen Projekte müssen jetzt verstetigt werden. Das Gutachten hat klar beschrieben, dass dies auch eine zentrale Aufgabe des Bundes ist und ich erwarte, dass der Bund in Zukunft dauerhaft das Engagement der Beratungsstellen in Ost- und Westdeutschland sowie auch der Arbeit gegen Nazis in den sozialen Netzwerken auf Bundesebene fördert.“

Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung

„In den letzten 13 Jahren sind viele der erfolgreichen Aktivitäten, Projekte und Prozesse gegen Rechtsextremismus lediglich zeitlich begrenzt sowie projekt- und programmabhängig gefördert worden. In der Praxis bedeutet dies einen hohen Verwaltungsaufwand durch jährliche Antragsverfahren. Die Befristung der Förderung führt regelmäßig zu einer Verunsicherung der Initiativen sowie zu einem massiven Wissensverlust insbesondere in der präventiven Bildungsarbeit. Vor allem in diesem Bereich kann vorhandenes Potential durch den modellhaften Charakter bzw. die kleinteilige Förderung der Projekte nur unzureichend genutzt werden. Erfahrungen und Kompetenzen der Projekte finden so kaum Verstetigung in den Regelstrukturen. Eine erfolgreiche Arbeit für Demokratie benötigt dauerhafte Ansprechpartner/innen und Initiativen, die vor Ort sind, Prozesse anstoßen und dauerhaft begleiten. Wichtig ist daher die Verstetigung bewährter Projekte und Ansätze durch eine langfristige und verlässliche Förderung der zivilgesellschaftlichen Träger auf Bundesebene. Zugleich muss eine Kofinanzierung entfallen, damit sinnvolle Initiativen nicht daran scheitern und die Projekte zwischen Bund und Ländern zerrieben werden.“

Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung



Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

„Die Kirchen haben auch aufgrund der Erfahrungen mit sich selbst ein Bewusstsein dafür, dass menschenfeindliche Einstellungen wie z.B. Rassismus und Antisemitismus eine hohe Lebensdauer haben. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die dies in den Blick nehmen, sind deshalb langfristig anzulegen. Dabei ist natürlich darauf zu achten, dass die Akteure nicht in Selbstevidenzen sich ergehen, sondern jeweils neue Entwicklungen und Erkenntnisse wahrnehmen und in Aktivitäten umsetzen. Auch dafür braucht es aber Langfristigkeit in den Förderlinien.“

Dr. Christian Staffa, Sprecher_innenrat der BAG K+R



Deutscher Bundesjugendring

„Der Deutsche Bundesjugendring sieht eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung in der Arbeit gegen Rechts. Diese Arbeit braucht eine dauerhafte Förderung. Und sie braucht eine Zuständigkeit, die nicht nur im Ressort Jugend liegt. Dem Deutschen Bundesjugendring ist die dauerhafte Finanzierung der Demokratieförderung und der Bekämpfung des Neonazismus durch den Bund, die Länder und den Kommunen sehr wichtig. Geeignete Förderinstrumente sollen aus Sicht der Jugendverbände und Landesjugendringe unbedingt der parlamentarischen Kontrolle unterliegen und im Sinne der Subsidiarität die Arbeit vor Ort fördern.“

Die nun vorliegende Expertise stärkt unsere Sichtweise juristisch. Sie stellt fest: Eine Zuständigkeit des Bundes zur Förderung zur „Demokratieförderung und Bekämpfung des Neonazismus“ ist gegeben. Es gibt also Möglichkeiten zur Verstetigung der Finanzierung. Die Bundesförderung darf

also nicht nur für modellhafte und innovative Projekte erfolgen, sie kann und muss Teil einer dauerhaften Finanzierung sein.

Aus Sicht des DBJR besteht Handlungsdruck, weil die aktuellen Förderprogramme zum 31. Dezember 2013 auslaufen. Ihre weitere Finanzierung wurde bisher nicht durch eine Haushaltsermächtigung abgesichert. Wenn es aber zu einer Unterbrechung der Förderung kommt, werden erfolgreiche Arbeitsstrukturen und fachliche Kompetenzen – auch bei den Jugendverbänden – zerstört.“

Sven Frye, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings



ezra - Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

„Die Kontinuität rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in der Bundesrepublik zeigt: Professionelle Opferberatungsstellen brauchen eine langfristige Förderung. Kurzzeitige Förderperioden behindern die Arbeit, indem sie die Planungssicherheit nehmen, Arbeitskraft und -zeit binden, um regelmäßig neue Anträge zu stellen.

Gleichzeitig war die bisherige Praxis der befristeten Projektförderung an inhaltliche Schwerpunkte gekoppelt, welche in der Regel die Praxis der Projekte nicht widerspiegeln. Die mit der Mittelgewährung einhergehenden Auflagen (z.B. die „Extremismusklausel“) haben die Arbeit behindert. Es wurden und werden Ressourcen gebunden, die in der konkreten Beratungsarbeit dringend notwendig sind.“

Jürgen Wollmann, Projektkoordinator von Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt



Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland

„Gesicht Zeigen! ist seit dem Jahr 2000 aktiv und finanziert sich - abgesehen von eingeworbenen Spenden und Sponsorings - fast ausschließlich über Modellprojekte. Damit liefern wir immer wieder innovative Ansätze für die bundesweite Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und Antisemitismus, erarbeiten neue Konzepte und Materialien für die pädagogische Arbeit und aktivieren zu Partizipation und Teilhabe in einer pluralen Gesellschaft. Unsere aktuellen Projekte "7xjung - wir sind alle" und "Meine Freiheit ist auch deine Freiheit" sind wegweisend für die zeitgemäße Beschäftigung mit historischem und aktuellem Antisemitismus bzw. für die Auseinandersetzung mit Zugehörigkeiten muslimisch geprägter Jugendlicher. Beide Projekte genießen in Fachkreisen und auch international hohe Anerkennung - und laufen im Oktober 2013 aus. Die Bundesmittel sind elementar für unsere Arbeit. Für eine konstruktive und innovative Fortsetzung unserer weitreichenden Impulse benötigen wir dringend eine verlässliche, dauerhafte Finanzsicherung.“

Uwe-Karsten Heye, Vorstandsvorsitzender Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland



KULTURBÜRO SACHSEN E.V.

„Unsere Gründe für das Gutachten sind die beschränkte Fokussierung der Auseinandersetzung mit Neonazismus, Rassismus, etc. als ein Jugendproblem und nicht als eine Daueraufgabe der gesamten Gesellschaft. Zudem ist es in unserem Erachten so, dass die dadurch entstandene Legende von der Notwendigkeit der modellhaften Bundesförderung im Jahresrhythmus, die als Haushaltsnotwendigkeit dargestellt, trotzdem nicht wahrer wurde.

In der Praxis heißt das, das wir gerne in Sachsen bei dauerhaften und massiven Problemen mit Neonazis, sowie subkulturellen und NPD Strukturen den engagierten Demokrat_innen in der Begleitung und Beratung nie mehr als eine Jahresperspektive bieten können; Staatliches Handeln (nur jährliche Förderung zur Stärkung der Zivilgesellschaft) ist dem Dauerproblem Problem Demokratiestärkung und Auseinandersetzung mit Neonazismus und Rassismus als Alltagsproblem damit nicht adäquat; die fehlende Kontinuität stärkt damit auch neonazistische Strukturen.“

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V.



Miteinander e.V. - IMPULSE FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

„Die Gestaltung einer demokratischen Kultur ist auch 24 Jahre nach der friedlichen Revolution in Sachsen-Anhalt eine Herausforderung. Ein Teil der Bevölkerung steht nach wie vor der Demokratie distanziert gegenüber. Rechtsextreme Inhalte und Kampagnen stoßen

auf Akzeptanz. Dem kann nicht mit befristeten Projekten sondern nur mit einer kontinuierlichen Arbeit für Demokratie vor Ort begegnet werden.“

Pascal Begrich, Geschäftsführer des Miteinander e.V.



MOBIT e.V. - Mobile Beratung in Thüringen

„Seit 11 Jahren leistet das Beratungsprojekt von MOBIT e.V. einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen die extrem rechte Szene in Thüringen. Dabei hat MOBIT in enger Zusammenarbeit mit anderen Mobilien Beratungen Standards in der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements gesetzt. Ausdruck findet dies nicht zu Letzt in der hohen Zahl an Bürger_innenbündnissen und Initiativen, die von MOBIT begleitet werden. Die Beratungsprozesse sind darauf angelegt Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und damit Menschen zur mündigen Teilhabe an einer lebendigen Demokratie zu befähigen.

Der hohen Anzahl extrem rechter Aktivitäten in Thüringen, die von Aufmärschen über NPD-Wahlveranstaltungen bis hin zu den jährlich stattfindenden RechtsRock-Großevents reichen, stellt das Beratungsprojekt eine hohe fachliche Kompetenz und Expertise entgegen. Kompetenz und Expertise bedürfen allerdings ebenso Kontinuität wie eine vertrauensvolle und nachhaltige Beratung. Diese steht jedoch auf Grund der aktuellen Finanzierungspraxis jedes Jahr von neuem auf dem Spiel. Dabei ist es kleinen Vereinen wie MOBIT e.V. kaum möglich, den eingestellten, geschulten und qualifizierten Berater_innen eine längerfristige Perspektive zu bieten und damit Fachkräfte und Kompetenzen zu sichern. Darüber hinaus bedeutet signalisiert die Beendigung der „stop-and-go“-Finanzierung auch eine Form der Anerkennung.“

Katja Fiebiger, Projektkoordinatorin der Mobilien Beratung



Netzwerk für Demokratie und Courage

„Das Netzwerk für Demokratie und Courage engagiert sich bundesweit in den Bereichen Rechtsextremismus-Prävention, Ausbildung von MultiplikatorInnen für die Demokratieförderung sowie Förderung demokratischer Werte insbesondere an Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Um diese Arbeit leisten zu können, braucht es eine stabile und verlässliche Unterstützung der bundesweiten und lokalen Strukturen durch staatliche Akteure. Mit dem vorliegenden Gutachten wollen wir zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Struktur und die Ziele zukünftiger (staatlicher) Förderprogramme beitragen.“

Andreas Stäbe, Geschäftsführer Netzwerk für Demokratie und Courage



Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V.

„Das Gutachten zeigt, dass eine Verstärkung der Demokratieförderung und somit auch die nachhaltige Unterstützung für Opfer rechter und rassistischer Gewalt rechtlich schon immer möglich und machbar waren. Was wir jetzt brauchen ist der politische Wille die Unterstützung für Opfer rechter Gewalt dauerhaft zu fördern. Wir sehen jetzt die politischen Verantwortlichen in der Pflicht, das Gutachten alsbald praktisch umzusetzen um die jährlichen Zitterpartien zum Fortbestand der Beratungsprojekte zu beenden.“

Robert Kusche, Bereichsgeschäftsführer der Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V.



Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.

verein für demokratische kultur in berlin -
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

„Es ist absurd zu glauben, dass die Probleme mit Rechtsextremismus und Rassismus durch befristete Programme gelöst werden können. Wir sehen das hier in Berlin immer wieder: rechtsextreme Gruppen lösen sich zwar immer wieder auf, aber machen sofort unter anderem Label weiter. Verschwinden tun sie nicht. Genauso darf die kontinuierliche Beratung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, nicht verschwinden. Seit Beginn der Bundesprogramme kämpfen die Projekte gegen Rechtsextremismus ständig um eine dauerhafte Finanzierung. Das muss endlich ein Ende haben.“

Bianca Klose, Geschäftsführerin des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.



ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND

Zentralrat der Juden in Deutschland

„Seit Jahren und Jahrzehnten diskutieren wir in der Bundesrepublik über den notwendigen Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus und die Mittel, die notwendig sind, diese Arbeit zu leisten. Die Zahl der Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und antidemokratischen Einstellungen in unserer Gesellschaft sind mittlerweile Legion. Politische Analysen zeigen, dass antidemokratische Gesinnung bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen ist, ja sich sogar aus der Mitte der Gesellschaft heraus weiter verbreitet. Wohlfeile Absichtserklärungen und Beschlüsse gibt es im Überfluss. Appelle sind an Zivilgesellschaft und Politik gerichtet. Nun gilt es, diese Absichten auch in überzeugende Strukturen zu überführen. Strukturen, die Initiativen eine nachhaltige Arbeit ermöglichen, die Kontinuität und Planungssicherheit im Alltag schaffen und die die Kompetenz der Initiativen wachsen lassen statt ihr einen Sisyphuscharakter zu verleihen. Begreifen wir endlich, dass der Kampf gegen Neonazismus, Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus eine gesellschaftliche Daueraufgabe ist, die immer wieder neu von Generation zu Generation weitergegeben werden muss. Entsprechend muss die Förderung verstetigt und in tragfähige Strukturen gegossen werden, die weder von Wahlergebnissen abhängig sein noch vom Förderrichtlinien-Gestrüpp diverser Bürokratien überwuchert und letztlich erstickt werden darf. Wenn die Zahl von Aktionsplänen steigt und gleichzeitig ein Projektsterben beobachtet werden kann, dann stimmt was nicht in unseren Landen! Machen wir also endlich Nägel mit Köpfen! Das vorliegende Gutachten zeigt, wie es geht und dass es geht, wenn der politische Wille vorhanden ist.“
Zentralrat der Juden in Deutschland K.d.ö.R.



Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.

„Der Kampf gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus ist inzwischen eine Daueraufgabe und deshalb hat auch nur ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz eine Aussicht auf nachhaltigen Erfolg. Dies bedeutet konkret, dass unserer Gesellschaft und seine politischen Vertreter dann bereit sein werden, diese Herausforderung auch dauerhaft zu unterstützen.“
Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V.

ZENTRALRAT DEUTSCHER SINTI UND ROMA

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

„Trotz der Notwendigkeit zu einer institutionalisierten Sicherstellung der Arbeit gegen Rechtsextremismus darf der Fokus nicht auf dem extremen Rand liegen. Dieser hat seine Wurzel in der gesellschaftlichen Mitte. Von dort aus erfährt der Rechtsextremismus in vielfältiger Weise Unterstützung, er erhält zunehmende Akzeptanz und es wird durch den Abbau moralischer Hemmschwellen der Nährboden für eine erhöhte Gewaltbereitschaft gelegt. Die größte Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und seine Bürger geht aber von rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen aus. Vordergründig werden Minderheiten wie Sinti und Roma für echte und vermeintliche politische und ökonomische Missstände verantwortlich gemacht und damit Hass erzeugt, um bis in die bürgerliche Mitte hinein Wahlerfolge zu erzielen. Wenngleich die rassistische Propaganda gegenüber Minderheiten zunehmend auf offene Ohren stößt und das Klima vergiften, ist dies nur vorgeschoben. Die rechten Massenbewegungen und ihre Populisten wollen die Demokratie beseitigen und an die Macht gelangen. Zur Bewahrung unserer Wertegemeinschaft auch für künftige Generationen ist deshalb die Bekämpfung des gesamten rechten Spektrums auf einer breiten gesellschaftspolitischen Basis unverzichtbar. Hierzu ist die Intensivierung der Jugend-, Kultur-, Sozial- und Bildungsarbeit unverzichtbar, damit junge Menschen nicht in die Fänge der Rechtspopulisten und –extremisten geraten. Dies gilt besonders nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Verbrechen mit dem Holocaust an den Juden und an den Sinti und Roma.“
Dr. Silvio Peritore, Stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats Deutsche Sinti und Roma